

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2020 ff. ergänzt um die Entscheidungen/Beschlüsse des Finanzausschusses sowie den aktuellen Sachstand der Verwaltung

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
1.	SPD	08.12.2019	<b>200 Bäume für 34 Ortsteile</b> Wir beantragen ein 200 Bäume Programm für die 33 Ortsteile aufzulegen. Hierbei soll es sich nicht um Ersatzpflanzungen entfernter Bäume handeln, sondern um neue zusätzliche Standorte. Das Programm soll sich auch nicht auf neue Baugebiete beziehen, hier sind Pflanzungen im Rahmen der Bebauungspläne vorzusehen. Die 200 Bäume sollen sich gleichmäßig auf alle Ortsteile verteilen und die Ortsräte bzw. Vertreter der Ortsteile sollen die Standorte in ihrer Ortschaft aussuchen und benennen. Welche Baumarten in den Ortsteilen verwendet werden sollen, soll, begleitet durch Fachleute der Abt. Stadtgrün, in Verbindung mit den Verantwortlichen der Ortsteile festgelegt werden.	Bäume sind das Lebenselixier der Menschheit. Diese Aktion soll ein kleiner Beitrag dazu sein, zusätzliche Bäume zu pflanzen um dem Klimawandel entgegenzuwirken, denn z.B. 80 ausgewachsene Buchen binden 1t CO2.  Allerdings: Baumpflanzung sind allein kein Mittel um den Klimawandel zu stoppen. Dazu sind Anstrengungen in allen Bereichen erforderlich.	<b>geänderter Beschluss:</b> Einstellung von 20.000 EUR in den Haushalt 2020 für die Pflanzung von ortstypischen Bäumen in den Stadtteilen (ohne Kernstadt). Die Standortwahl und die Pflanzung (inkl. Anwachspflege/gießen) der Bäume soll auf Antrag durch den jeweiligen Ortsrat erfolgen. (s. lfd. Nr. 45 Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>67 (Stadtgrün)</b>	Zurzeit werden Anträge der Ortsräte (OR)/ Wünsche nach Pflanzstandorten vom Fachdienst (FD) gesammelt. Nach angemeldeten Pflanzstandorten erfolgt ggf. eine Prüfung der Standorte und die Beschaffung der Pflanzware durch den FD vsl. im Spätsommer/Herbst 2020 im Rahmen der verfügbaren Personalkapazitäten. Die Abholung der Pflanzware, Pflanzung sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege läuft über die OR.
3.	SPD	24.11.2019	<b>Aufstellung von Containern an der GS Poggenhagen</b> Planung und Aufstellung von Containern an der GS-Poggenhagen für eine neue Mensa  Für das nächste Schuljahr (2020-2021) sind für die GS Poggenhagen Container aufzustellen, die den Betrieb einer neuen Mensa gewährleisten können. Diese Container sind nicht für Unterrichtszwecke gedacht und können Vereine nach Betreuungsende von Vereinen genutzt werden.	Die Kosten für die Planung, Aufstellung und die Erstellung der entsprechenden Ver- und Entsorgungsanschlüsse werden auf 24.750 € geschätzt. Diese Maßnahme ist im Produktplan Konto "Unterhaltung von Gebäuden" (GS Poggenhagen) zu berücksichtigen. Mietkosten - gesondertes Konto (wie Gymnasium und KGS). Die tatsächlichen Aufstellungs- und Mietkosten sind durch die Verwaltung zu ermitteln und im Produktplan zu hinterlegen. Die Notwendigkeit der Aufstellung der Container ergibt sich aus den für 2020 zu erwartenden Anmeldungen von Schulkindern, die zwei Klassenräume erfordern. Diese voraussichtliche Entwicklung und die erforderliche Nutzung von Containern wurden durch Verwaltung, GS und KITA sowie der Ortsbürgermeisterin und dem stellv. Ortsbürgermeister besprochen und sollen so auf den Weg gebracht werden.	einstimmig beschlossen  (s. lfd. Nr. 6 (25.000 EUR) und 7 (90.000 EUR) der Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>91 (Immobilien)</b>	Wird im Sommer 2020 umgesetzt.
4.	SPD	02.12.2019	<b>Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Rattenbekämpfung</b> Wir beantragen die auskömmliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Rattenbekämpfung.	Pilotversuche mit einer neuen umweltfreundlichen Technik sind sehr aufschlussreich und erfolgreich durchgeführt worden. Unter Einbindung der zuständigen Stellen konnte der Rattenbestand innerhalb einer kurzen Zeit entscheidend dezimiert werden. Der Pilotversuch soll nun quantitativ und zeitlich ausgeweitet werden.	einstimmiger Beschluss: Weiterleitung des Antrags an den Betriebsausschuss (Zuständigkeit liegt beim ABN)	<b>68 (ABN)</b>	Die Thematik wurde am 27.02.2020 im BA besprochen. Zusätzlich zur herkömmlichen Rattenbekämpfung soll bedarfsorientiert ein Einsatz der mechanischen Fallen erfolgen. Punktueller Einsatz der mechanischen Fallen ab Juni 2020, Dauer erfolgsabhängig.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
5.	SPD	02.12.2019	<b>Einführung einer geförderten Sport-Fitness-Ehrenkarte für alle aktiven freiwilligen Feuerwehrangehörigen</b> Wir beantragen die Einführung einer geförderten Sport-Fitness-Ehrenkarte für alle aktiven freiwilligen Feuerwehrangehörigen der Stadt Neustadt.	Unvorhersehbare Einsätze können Feuerwehrleute an die Grenzen ihrer körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit bringen. Beispielsweise müssen sie bei der Bergung von Menschen aus brennenden Häusern schwerste körperliche Anforderungen bewältigen. Heben und Tragen von Einsatz-Utensilien ist eine häufige Tätigkeit, die gerade den Rückenbereich stark belastet. In diesen Ausnahmesituationen brauchen Feuerwehrleute hinreichende konditionelle und koordinative Fähigkeiten, damit sie mit ihrer etwa 35 Kilogramm schweren Ausrüstung zurechtkommen. Folge dieser enormen Belastung kann ein Anstieg der Körpertemperatur und ein erhöhter Flüssigkeitsverlust sein. Vor allem die Bedingungen am Einsatzort – wie Lautstärke, klimatische Faktoren und Sichtverhältnisse – stellen Situationen dar, die Feuerwehrangehörige in kürzester Zeit zu bewältigen haben. Um sich für solche Situationen fit zu halten nutzen viele Feuerwehrleute das Angebot von Fitnessanlagen und finanzieren diese privat. Als Wertschätzung und Motivation für die nicht immer einfache Arbeit der Feuerwehr, wollen wir diese wichtige Maßnahme unterstützen.	einstimmiger Beschluss: Mit Prüfauftrag an den FuO verwiesen. <b>Prüfauftrag:</b> Es soll geprüft werden, ob die Ausweitung (Angebotserweiterungen) bzw. ein Vorantreiben der bereits vorhandenen Ehrenamtskarte sinnvoll ist. Ggfs. ist hier ein Gesamtkonzept, welches nicht nur die Feuerwehr betrifft, zielführend.	<b>30 (Feuerwehr)</b>	Im FuO noch nicht behandelt.  Bei 30,00 € pro Mitglied im Monat müssten 432.000 € Haushaltsmittel bereitgestellt werden.
7.	SPD	02.12.2019	<b>Nutzungsdauer der Straßen der Stadt Neustadt a. Rbge.</b> Der Bürgermeister wird beauftragt, die durchschnittliche Nutzungsdauer (ND) der Gemeindestraßen zu ermitteln und die Abschreibungen diesem Zeitraum gemäß § 49 Abs. 2 KomHKVO anzupassen.	Bei einer Prüfung von 16 Kommunen durch den Landesrechnungshof wurde festgestellt, dass 15 dieser Kommunen bituminöse Straßen entsprechend der Abschreibungstabelle des Landes über eine Nutzungsdauer von 25 Jahren abschreiben. Lediglich die Stadt Rinteln weicht davon ab und geht grundsätzlich von einer regelmäßigen Nutzungsdauer bituminöser Straßen von 50 Jahren aus. Hohe Abschreibungen auf das Straßenvermögen belasten die Ergebnisrechnung und erschweren den Haushaltsausgleich. Deshalb empfiehlt die überörtliche Kommunalprüfung in ihrem Bericht den Kommunen zu überprüfen, ob aufgrund eigener Erfahrungswerte eine längere Nutzungsdauer anzusetzen ist. Auf Anfrage wurde von der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass eine Neufestsetzung der Abschreibungstabelle durch das Land Niedersachsen abgewartet werden soll. Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass - der zu erwartende Zeitraum einer Neufestsetzung zu lang ist - eine allgemein festgesetzte Nutzungsdauer nicht unbedingt der Situation in Neustadt entspricht - eine Überprüfung, wann die einzelnen Straßen erstellt oder grunderneuert wurden, bei der Aufstellung der Bilanz vor 10 Jahren vorgenommen wurde. Nach Einschätzung der Verwaltung sind mindestens 70 bis 80% aller Gemeindestraßen voll abgeschrieben. Ein so hoher Anteil der Straßen ist aber glücklicherweise nicht sanierungsbedürftig. Deshalb soll die Nutzungsdauer festgestellt und der Abschreibungszeitraum im Sinne der Haushaltswahrheit und zur Erleichterung des Haushaltsausgleichs angepasst werden.	Nachstehender <b>Prüfauftrag</b> wurde einstimmig beschlossen: Es ist zu ermitteln und darzustellen, wie viele der Neustädter Straßen derzeit noch nicht abgeschrieben sind, wann diese Straßen gebaut wurden und wie hoch deren Restbuchwert ist. Darüber hinaus sind die haushalterischen Auswirkungen bei einer Änderung der Nutzungsdauer darzustellen bzw. der bisherigen ND gegenüberzustellen (Abschreibungen). Wortbeiträge: Herr Homeier weist darauf hin, dass der Landesrechnungshof diesbezgl. eine Überprüfung der in der amlt. Abschreibungs-tabelle vorgegebenen NDr von Straßen beauftragt habe, dessen Ergebnis abgewartet werden könne. Herr Lechner führt aus, dass die Prüfung unter Umständen sehr lange dauern könne und er darauf nicht warten wolle.	<b>20 (Finanzen)</b>	Die Abwicklung des Prüfauftrages läuft derzeit noch.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
11.	FDP	18.01.2020	<b>Antrag auf Überarbeitung und Aktualisierung der Pläne für den Leine Sprung.</b>  Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen der Vergangenheit aufzuarbeiten und den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Hierfür sind die entsprechenden Planungskosten in den Haushalt einzustellen.	Die Stadt Wunstorf wird in absehbarer Zeit ihre Nord-Umgehung einweihen. Das wird zu einer weiteren Verkehrszunahme auf der B442 im Innenstadtbereich der Neustädter Kernstadt führen. Nur durch eine außerörtliche Umleitung des Verkehrs hat die Innenstadt eine Chance auf Verkehrsberuhigung und somit eine Zukunft.	Der Antrag wurde umformuliert: Die Pläne zum Leine Sprung sollen im Rahmen der aktuellen Planung des Gesamtverkehrskonzeptes mitbetrachtet werden. => einstimmig beschlossen	<b>Hr. Wippermann</b>	Der sog. Leinesprung ist eine Verkehrsplanung der 70er Jahre, die die Verbindung von der B6-Abfahrt Bordenau über eine geplante Leinebrücke hinweg Richtung Westen, südlich am Friedhof Lüningsburg vorbei und nördlich des Hachland-Wohngebietes zur Wunstorfer Straße schaffen sollte. Diese Trasse wurde im inzwischen nicht mehr wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Neustadt des Jahres 1980 dargestellt, aber nicht in weitergehenden Planungen umgesetzt. Der neue Flächennutzungsplan des Jahres 2000 zeigt zwar noch den vorher gedachten Verlauf der Trasse, aber wurde seinerzeit von der Genehmigungsbehörde nicht genehmigt, weil Naturschutzbelange dem entgegenstanden. Im fraglichen Gebiet der Leineniederung befindet sich ein Naturschutzgebiet und ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet. Daher handelt es sich bei diesem Vorhaben um ein sehr schwieriges, wenn nicht gar, ein nicht durchzusetzendes Projekt. Da der Gesamtverkehrsplan der Kernstadt sich in der Bearbeitung befindet, muss in diesem Rahmen zunächst geprüft werden, welche Chancen realistisch zur Umsetzung dieses Vorhabens bestehen. Wenn die erkennbar sein sollten, ist zu prüfen, ob verkehrlich vorteilhafte Auswirkungen des Leinesprungs unter den heutigen Bedingungen der Verkehrswende und der nachhaltigen Mobilität bestehen. Es wäre jedenfalls ein sehr langfristiger, mit Risiken behafteter und besonders umfangreicher Planungsprozess zu erwarten, wie die Erfahrungen aus Neustadt und auch aus Nachbarstädten zeigen.
12.	FDP	18.01.2020	<b>Neubau eines Naturerlebnissweges für Radfahrer und Fußgänger zwischen Neustadt und Mardorf.</b>  Der Bürgermeister wird beauftragt, das Gespräch mit der Region zu suchen. Zur Sicherstellung der Planung sind 20.000 € in den Haushalt einzustellen.	Die Region plant den Neubau der Moorstrasse. Die Fahrbahn ist zur Zeit deutlich zu schmal für das Verkehrsaufkommen, die Einbeziehung des alten Radweges in den Neubau wäre hier eine ideale Lösung. Der neue Weg für Radfahrer und Fußgänger sollte auf der südlichen Seite der Moorstrasse sein um die Anbindung des Neustädter Bahnhofs an den Rundweg um das Steinhuder Meer zu ermöglichen. Besondere Angebote sollten die Nutzer auf die Besonderheiten im Lebensraum Moor hinweisen.	geänderter Antrag: Im Zuge der Planung des Radweges zwischen Neustadt und Mardorf durch die Region Hannover soll die Prüfung der Erstellung eines Naturerlebnissweges von der Stadt Neustadt bei der Region Hannover angeregt werden. => einstimmig beschlossen	<b>61 (Stadtplanung)</b>	Mit dem Vogeldamm als Teil des Rundweges Steinhuder Meer steht ein Naturerlebnissweg zur Verfügung. Über ihn sind verschiedene Aussichtstürme und der Moorerlebnissweg zu erreichen. Entsprechende Tafeln mit Informationen zum Lebensraum Moor sind vorhanden. Der Radweg entlang der Moorstraße sollte als Alltagsverbindung zwischen Mardorf (und damit dem Steinhuder Meer) und Neustadt dienen und damit z.B. Pendlern als schnelle Verbindung zur Verfügung stehen.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
14.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Fördermittelmanager</b> Die Verwaltung schafft die Voraussetzungen zur Einrichtung einer zentralen Stelle zur Beantragung von Fördermitteln.	Die Haushaltslage bei der Stadt Neustadt am Rübenberge wird in den nächsten Jahren immer angespannter. Verschiedenste Großinvestitionen im Baubereich sind in den nächsten Jahren zu tätigen. Die UWG Stadtratsfraktion möchte durch die Verbesserung der Einnahmen die Handlungsfähigkeit der Stadt Neustadt a. Rbge. erhalten. Die Beantragung von Fördermitteln aus über 3.000 verschiedenen EU/Bundes- und Landesprogrammen soll zentralisiert werden. Die Zentralisierung ist insgesamt dazu geeignet, die Effizienz und die zu erhöhen und Mitarbeiter in den Fachbereichen zu entlasten.	einstimmig beschlossen (s. lfd. Nr. 50 der Veränderungsliste Ergebnishaushalt) Herr Homeier schlägt vor, den Aufgabenbereich der Erschließungsbeiträge und des Fördermittelmanagements auf einer Stelle zusammenzuführen. Herr Lechner erwidert, dass er die Fördermittelakquise bei der Stadt als stark verbesserungsbedürftig halte und er daher die Besetzung der Stelle mit einer "Fachkraft" bevorzuge.	<b>20 (Finanzen)</b>	Es wird gegenwärtig geprüft, inwieweit es sinnvoll ist, die Aufgabe des Fördermittelmanagers mit der Bearbeitung des Tourismusbeitrages und der Bearbeitung der Umsatzsteuerangelegenheiten auf einer Stelle zusammenzufassen. Siehe hierzu auch die Ausführungen zu lfd. Ziffer 16.
15.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Vergabestelle</b> Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle in der Stadtverwaltung Neustadt a. Rbge. zu schaffen.	Das Vergabeverfahren bei der Stadt Neustadt am Rübenberge ist zurzeit dezentral angesiedelt. Die zentrale Auftragsvergabestelle soll zur Standardisierung und Optimierung der Vergabeprozesse und zur Förderung der elektronischen Vergabe in allen Organisationseinheiten der Stadt eingerichtet werden. Die Stelle soll Ausschreibungen sowie Beschaffungsvorgänge beratend begleiten und ausführen. Die Zentralisierung ist insgesamt dazu geeignet, die Effizienz und die Qualität der Vergabeverfahren zu erhöhen und Mitarbeiter in den Fachbereichen zu entlasten.	Herr Schillack weist darauf hin, dass die Stelle im Haushaltsentwurf bereits enthalten ist.	<b>10 (Zentrale Dienste)</b>	Dem Verwaltungsvorstand wurden Vorschläge unterbreitet. Eine Entscheidung steht noch aus.
16.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	1 Stelle für Vorbereitung Umsatzsteuer streichen	Die gesetzlichen Änderungen sind noch unklar und die finanzielle Lage der Stadt Neustadt lässt es nicht zu, Stellen auf Vorrat zu schaffen.	geänderter einstimmiger Beschluss: 1 Stelle für die Bearbeitung der Umsatzsteuer mit Sperrvermerk (Freigabe durch den Verwaltungsausschuss erforderlich)	<b>20 (Finanzen)</b>	Der Bund hat den Zeitraum der Übergangsregelung nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) im Juni 2020 im Zusammenhang mit dem Corona-Steuerhilfegesetz um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert. Die Stadt beabsichtigt, hiervon Gebrauch zu machen. Die derzeit stattfindende Überprüfung der städtischen Leistungsbeziehungen auf Umsatzsteuerpflicht verlängert sich durch die Coronakrise voraussichtlich bis Oktober/November 2020. Erst danach kann beurteilt werden, in welchem Umfang Personalkapazitäten für die Umsatzsteuerbearbeitung beim FD 20 benötigt werden. Derzeit überlegt der FD Finanzwesen, auf der § 2b-Stelle die Aufgabe der Tourismusbeitragssachbearbeitung und des Fördermittelmanagers (s. auch lfd. Nr. 14) zusammenzufassen und in Abhängigkeit vom Arbeitsumfang ggfs. dort später auch noch die § 2b UStG-Bearbeitung anzusiedeln. Die Stelle, auf der der Tourismusbeitrag mit bearbeitet wurde, war 2019 aufgrund der dreijährigen Gültigkeit der Beitragssatzung (bis 2020) aus dem Stellenplan herausgenommen worden. Die Besetzung der Stelle verzögert sich daher.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
17.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	2 Stellen Ingenieure schaffen	Stärkung der Planungskapazitäten - Die Gegenfinanzierung soll über eine verstärkte Aktivierung von Eigenleistungen erfolgen.	einstimmig beschlossen: Schaffung von 2 Stellen à E13 (s. lfd. Nr. 50 der Veränderungsliste Ergebnishaushalt) Wortbeiträge: Herr Ehlert merkt bezüglich der Besetzung der Ingenieure-stellen an, dass derzeit ein Fachkräftemangel herrsche und die Besetzung sich entsprechend schwierig gestalten könne. Daher schlägt er die Bewertung der Stellen nach E13 vor. Auf Anmerkung von Herrn Herbst, dass die Stadt gute Ingenieure habe, schlägt Herr Ehlert eine interne u. externe Ausschreibung der Stellen vor. Frau Scheve weist darauf hin, dass die Stellen entsprechend beschrieben werden müssen und die Entgeltstufe sich nicht nach der Marktlage richte. Zudem müsse auch die Kommunalaufsicht die Stellen genehmigen.	<b>91 (Immobilien)</b>	Nach Genehmigung des Haushalts werden die Stellen nunmehr in Abstimmung mit Kommunalaufsicht mit E 11 ausgeschrieben.
18.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	1 Stelle Fachbereichsleiter Schule / Kita	Die Sachgebiete Schule und Kita wachsen stetig und die Anforderungen in beiden Themengebieten steigen. Deswegen sollen die Gebiete in einem eigenen Fachbereich gebündelt werden.	einstimmig beschlossen (s. lfd. Nr. 50 der Veränderungsliste Ergebnishaushalt) Wortbeiträge: Herr Lechner erläutert, dass die Stelle der zusätzlichen Fachbereichsleitung einen Handlungsrahmen schaffe, aufgrund dessen der Bürgermeister einen Vorschlag erarbeiten könne. Herr Herbst teilt mit, dass er Änderungen in der Verwaltungsstruktur vorerst dem Verwaltungsausschuss vorgeschlagen werde.	<b>BGM</b>	Gem. der Haushaltsverfügung durch die Region Hannover wurde diese Stelle unter Vorbehalt gestellt. Das weitere Verfahren hierzu wurde mit der zuständigen Kommunalaufsicht abgestimmt.
19.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	1 Stelle Projektarbeit im BGM-Referat (befristet auf 2 Jahre) - E12	In Zukunft steht der Stadt bei der Digitalisierung und Neugestaltung von Verwaltungsprozessen eine große Herausforderung bevor. Dafür soll 2 Jahre ein Changemanager beim Bürgermeister angesiedelt werden.	einstimmig beschlossen (s. lfd. Nr. 50 der Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>BGM/ 110</b>	Gem. der Haushaltsverfügung durch die Region Hannover wurde diese Stelle unter Vorbehalt gestellt. Das weitere Verfahren hierzu wurde mit der zuständigen Kommunalaufsicht abgestimmt.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
20.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	GS Poggenhagen - Container für die Mensa	Keine Klassenräume vorhanden	s. lfd. Nr. 3 bereits einstimmig beschlossen	<b>91 (Immobilien)</b>	Wird im Sommer 2020 umgesetzt.
21.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	GS Schneeren - Sanierungskonzept Turnhalle und Grundschule	Es besteht ein großer Sanierungsstau bei der Grundschule Schneeren. Gleichzeitig steigen die Schülerzahlen durch die Schließung der GS Mardorf. Die Verwaltung soll deswegen prioritär in die Erstellung eines tragfähigen Konzepts einsteigen.	einstimmig beschlossen  (Mittel im Haushaltsentwurf - Investitionsnummer: 1110650177 enthalten)	<b>91 (Immobilien)</b>	Für die Bedarfsfeststellung erarbeitet FD 40 derzeit ein Raumprogramm in Abstimmung mit der Schule/Landesschulbehörde.
22.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	GS Ahnsförth - Bau der Sporthalle	Der Bau der Sporthalle an der GS Ahnsförth ist nach dem Beschluss des Rates zur Bildungslandschaft an der Michael-Ende-Schule der erste Punkt, der prioritär angegangen werden soll.	einstimmig beschlossen  (Mittel im Haushaltsentwurf - Investitionsnummer: 1110650153 enthalten)	<b>91 (Immobilien)</b>	Die Bedarfsfeststellung des FD 40 wird den politischen Gremien im Sommer 2020 zur Entscheidung vorgelegt. Anschließend erfolgt die Beauftragung/Erarbeitung der Projektfeststellung mit der Entwurfsplanung.
23.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	KGS - 8 zusätzliche Klassenräume	Platzprobleme kurzfristig lösen	einstimmig beschlossen	<b>91 (Immobilien)</b>	Ausführung Sommer 2020
24.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Kita Helstorf - Planungsmittel	Bei der Kita Helstorf soll wegen steigender Nachfrage in die Plaung eingestiegen werden.	einstimmig beschlossen  (Haushaltsreste i.H.v. 100 TEUR aus 2019 werden übertragen)	<b>91 (Immobilien)</b>	Projektfeststellung Okt. 2020
25.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Gymnasium Neustadt - Neubau/Sanierung vorantreib	mindestens Planung beenden	einstimmig beschlossen	<b>91 (Immobilien)</b>	Weiterer Fortgang derzeit in Klärung mit Gremien/Entscheidungsträgern
26.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Kita Mardorf - Aufenthaltsraum für Betreuungskräfte	Aufgrund von Anforderungen der Arbeitssicherheit dringend geboten.	einstimmig beschlossen  (Planungsmittel werden aus lfd. Haushaltsmitteln finanziert)	<b>91 (Immobilien)</b>	Stellungnahme FD 51: FD 51 hat ein Raumkonzept für die Erweiterung der Kita Mardorf um eine Gruppe und einen neuen Personalraum an FD 91 gegeben. In diesem Zusammenhang soll die Küche der Kita um den derzeitigen Personalraum vergrößert werden.  Stellungnahme FD 91 (Immobilien): steht im Zusammenhang mit Projekterweiterung 2021

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
27.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Grundschule Hagen - Investitionskostenzuschuss für	Im Rahmen der Dorferneuerung Mühlenfelder Land werden in Hagen das Projekt "Wohnen im Alter" und "Sanierung/Anbau ev. Gemeindehaus" geplant. In dem Rahmen soll im bisherigen Gemeindehaus die Mensa für die Hortkinder sowie die Grundschulkindergarten eingerichtet werden. Förderanträge wurden im Sept. 2019 gestellt.	einstimmig beschlossen  (s. lfd. Nr. 41 Veränderungsliste Investitionshaushalt - Maßnahme: 2110400018 => 350.000 EUR sind im Haushalt 2020 veranschlagt)	<b>40 (Bildung)</b>	Der Grunderwerb durch die Dorfgemeinschaft Hagen muss noch erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass mit der Umsetzung des Projekts noch 2020 begonnen wird.
28.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Schaffung eines Flächenpools für Ausgleichsflächen	Die Stadt Neustadt benötigt für viele ihrer Projekte ständig Entwicklungs-, Ausgleichs- und Tauschflächen. Deswegen sollen solche Flächen in Zukunft auf Vorrat eingekauft werden. (5 Mio. EUR)	einstimmig beschlossen: Die Haushaltsansätze der Investitionsmaßnahme 1110230001 (Erwerb und Verkauf von Grundstücken) sind wie folgt zu erhöhen: 2020: + 1.050.000 EUR auf 4.000.000 EUR 2021: + 1.350.000 EUR 2022: + 1.300.000 EUR 2023: + 1.300.000 EUR => insgesamt 5.000.000 EUR  (s. lfd. Nr. 43 Veränderungsliste Investitionshaushalt)	<b>91 (Immobilien)</b>	Wird sukzessive im Rahmen der Personalkapazitäten umgesetzt.
29.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Erarbeitung Konzept Eigenbetrieb für Fachbereich 3	Die Stadt soll prüfen, ob sie die operativen Tätigkeiten im Bereich der Bauverwaltung, beim Hausmeisterservice sowie beim Bauhof sinnvoller Weise in einem Eigenbetrieb bündeln sollte.	einstimmig beschlossen	<b>VV/FBL 3</b>	Aufgrund zahlreicher in der Planungs- und Bauphase befindlichen Investitionsprojekte, insbesondere der Schlüsselprojekte Feuerwehrzentrum und Rathaus sowie des in der Planfeststellung befindlichen Schlüsselprojektes Hochwasserschutz Silberkamp, konnte die Erarbeitung des Konzeptes „Eigenbetrieb“ für den Fachbereich 3 noch nicht begonnen werden.
30.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Budgetierungssystem auf (weitere/alle) Schulen übertragen	Ziel ist es, den Schulen über ein überarbeitetes Budgetierungssystem mehr Freiheiten bei der eigenhändigen Vergabe von Handwerkerleistungen usw. zu geben, sofern sie das wünschen. Zudem sollten alle Schulen in die Budgetierung aufgenommen werden.	einstimmig beschlossen	<b>40 (Bildung)</b>	Die überarbeitete Budgetierungsrichtlinie wurde am 23.06.2020 im Schulausschuss beraten. Demnach soll allen Schulen ab 2021 ein Betrag für Klein- und Schönheitsreparaturen zur Verfügung stehen. Es sind alle Schulen in die Budgetierung aufgenommen. Sie können zwischen unterschiedlichen Stufen/Umfang wählen.
31.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Standardisiertes Berichtswesen für die wesentlichen Projekte entwickeln	Die Stadt benötigt dringend ein standardisiertes, transparentes, laufend aktualisiertes Berichtswesen zu den wichtigen Projekten der Stadt.	einstimmig beschlossen	<b>20 (Finanzen)</b>	Der Fachdienst Finanzwesen entwickelt derzeit ein Verfahren zur Überwachung der Kostenentwicklung bei den Investitionen im Bausektor, welches in ein Berichtswesen einfließen soll.
32.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Kinderfeuerwehren - Anhebung Zuschuss von 125,- auf 350,- EUR p.a. pro Wehr	Die Arbeit der Kinderfeuerwehr soll honoriert und gestärkt werden. (5.500 EUR)	einstimmig beschlossen: Einstellung von 5.000 EUR in den Haushalt 2020 ff.  (s. lfd. Nr. 46 Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>30 (Feuerwehr)</b>	Wird umgesetzt.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
33.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Zusätzliche Förderung von 3.500,- EUR für 40-jähriges Jubiläum in 2020	Der Verein für internationale Beziehung soll bei seinem Jubiläum unterstützt werden. Die Arbeit des Vereins ist "in Tagen wie diesen" äußerst wertvoll und wichtig. (3.500 EUR)	einstimmig beschlossen: Einstellung von 3.500 EUR in den Haushalt 2020  (s. lfd. Nr. 47 Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>01 (BGM - Referat)</b>	Die Veranstaltung ist wegen der Corona-Pandemie 2020 ausgefallen und soll 2021 nachgeholt werden. Der Ansatz wird im Haushalt 2021 neu veranschlagt.
34.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Jugendhaus Neustadt</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt eine Summe von 15.000 € für dringend erforderliche Ergänzungen, Ausstattungen sowie Verbrauchsmaterialien für die Arbeit im Jugendhaus.	Für die pädagogische Arbeit im Jugendhaus benötigt die Jugendpflege Mittel, um die Ausstattung zu erweitern und zu ergänzen, wie z.B. Werk- und Verbrauchsmaterialien sowie Werkzeuge für den Werkraum. Für den Aufenthaltsraum werden dringend eine neue Arbeitsplatte sowie zehn neue Barhocker benötigt. In naher Zukunft ist geplant, die mediengestützte pädagogische Arbeit weiter auszubauen. Hierfür benötigt die Jugendpflege eine Ausstattung mit Tablets und Zubehör. Die Stadtjugendpflege möchte ihren Besucher*innen einen jugendschutzgerechten offenen W-LAN Zugang ermöglichen. Hierfür ist es erforderlich einen Proxyserver mit entsprechender Software anzuschaffen. Im Jugendhaus haben Jugendliche und junge Erwachsene den Freiraum, ihre Freizeit nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Durch unterschiedliche, freiwillige Angebote werden die persönliche Entwicklung, soziale Kompetenzen und Selbstbestimmung gefördert. Des Weiteren werden die jungen Menschen in ihrer Konfliktfähigkeit, Kritikfähigkeit sowie der Fähigkeit, mit anderen zu kommunizieren gefördert. Darüber hinaus werden die regelmäßigen Besucher*innen des Jugendhauses an gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement herangeführt. Durch medienpädagogische Projekte soll der Umgang mit zukunftsgerichteten Medien ermöglicht werden.	einstimmig beschlossen: Einstellung von 15.000 EUR in den Haushalt 2020  (s. lfd. Nr. 38 Veränderungsliste Investitionshaushalt)	<b>52 (Soz. Arbeit)</b>	Aufgrund der COVID-19-Pandemie kommt es zu Verzögerungen in der Anschaffung von Verbrauchsmaterialien sowie Mobiliar. Die Installation und Bereitstellung eines W-Lan Zugangs ist bereits erfolgt. Durch Corona gewinnt das digitale Angebot immer mehr an Bedeutung. Der Kauf der dafür benötigten Soft- und Hardware wird zeitnah umgesetzt.
35.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Klimatopf</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt die nicht ausgegebenen, für das Haushaltsjahr 2019 eingestellten Mittel im sog. „Klimatopf“ auf das Haushaltsjahr 2020 zu übertragen. Für das Haushaltsjahr 2020 ist wieder zusätzlich die Summen von 100.000 € einzustellen für Maßnahmen zum Klimaschutz die ausschließlich für öffentliche und investive Maßnahmen zu diesem Ziel zur Verfügung stehen.	Die aus dem „Klimatopf“ finanzierten Projekte sollen durch Investitionen in effizientere Technik und erneuerbare Energie Einsparungen in den Folgejahren bewirken. Die Zuteilung der Mittel erfolgt in der Rangfolge der Wirtschaftlichkeit. Neustadt ist sich der Verantwortung für kommende Generationen bewusst und handelt solidarisch mit den Ländern der Erde, deren Existenz durch den Klimawandel schon heute bedroht ist.	einstimmig beschlossen: Einstellung von 100.000 EUR in den Haushalt 2020  (s. lfd. Nr. 39 Veränderungsliste Investitionshaushalt)	<b>91 (Immo- bilien)</b>	Die Mittel werden sukzessive für städtische Maßnahmen/Gebäude verwendet (bspw. GS Poggenhagen LED).

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
36.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Lastenfahrräder</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt die Anschaffung von 3 Lastenfahrrädern. Diese können von Bürgerinnen und Bürgern sowie Touristen ausgeliehen werden. An der Ausleihstation Touristinfo Marktstraße sollen zwei Lastenfahrräder zur Ausleihe bereit stehen. Ein Lastenfahrzeug soll an der Touristinfo Mardorf zur Verfügung stehen. Sollten Fördermittel aus dem Programm „Zukunftsräume Niedersachsen“ bzw. „Fahrradpool Neustädter Land“ zur Verfügung stehen ist zu prüfen, ob auch die Lastenfahrräder in diese Förderung aufgenommen werden können.	Neustadt ist aktiv im Klimaschutz und attraktiv für den Tourismus	mehrheitlich beschlossen (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimme)  (s. lfd. Nr. 44 Veränderungsliste Investitionshaushalt)  Wortbeiträge: Herr Iseke merkt an, dass der Standort für ein Lastenfahrzeug an der Marktstraße nicht ideal sei, da dort ein Fahrverbot herrsche. Herr Herbst erwidert, dass die Verwaltung die Standorte noch einmal prüfe.	<b>61 (Stadtplanung)</b>	Ein Pilotprojekt zum Einsatz von Lastenrädern sollte in der Kernstadt durchgeführt werden. Denkbar ist hier eine Station beim Lebensmittelhandel in der Nähe von Wohngebieten zu errichten, um eine sinnvolle und einfache Nutzung der Lastenräder zu ermöglichen. Das Angebot eines Lastenrades an der Tourist-Info in Mardorf bietet sich nicht an. In Mardorf sind Fahrradverleihe wirtschaftlich tätig, die auch E-Bikes und Anhänger vermieten. Hier sollte keine Konkurrenz aufgebaut werden. Außerdem ist die Öffnungszeit und das Platzangebot nicht mit dem eines Supermarktes zu vergleichen. Gleiches gilt für die Tourist-Info in der Kernstadt. Derzeit wird geprüft, ob Neustadt sich am Verleihsystem "Hannah" des ADFC beteiligen kann, um ein bewährtes Buchungsportal nutzen zu können. Anschaffungs- und Unterhaltungskosten sind dem Produkt Wirtschaftsförderung zuzurechnen.
37.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Blühflächen für Biodiversität und gegen Nitrat im Grundwasser</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt die Einstellung von 20.000 für die Anlage artenreicher mehrjähriger Blühflächen.  Mit der geforderten Summe soll das 2019 begonnene Projekt „Anlage von artenreichen Blühstreifen an Wegeseitenrändern“ ergänzt bzw. erweitert werden. In Kooperation und Vereinbarungen mit Landwirten können diese Mittel auch als Kompensation für Mindererträge bzw. stillgelegte Ackerflächen eingesetzt werden. Eine Förderung durch die Region ist vorzuziehen. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.	In den letzten Jahren ist der Bestand an Insekten erheblich zurückgegangen. Die Ergebnisse verschiedener Studien und Forschungen kommen auf einen Rückgang von Fluginsekten um 75%. Pflanzen sind auf die Bestäubungshilfe der Insekten angewiesen. Die Blühflächen vergrößern die Zahl der Arten und der Population von Insekten in hohem Maße. Der Nitratreintrag in das Grundwasser wird im Bereich der Blühflächen stark gemindert. Die Realisierung in Trinkwassergewinnungsgebieten erscheint besonders sinnvoll. Neustadt fördert die Biodiversität und Artenvielfalt für ein lebens- und liebenswertes Neustadt und verbessert die Qualität des Grundwassers.	einstimmig beschlossen: Einstellung von 20.000 EUR in den Haushalt 2020  (s. lfd. Nr. 49 Veränderungsliste Ergebnishaushalt)  Wortbeiträge: Herr Hahn erläutert, dass die Anlage von Blühflächen ähnlich wie in Hagen erfolgen könne. In Hagen gebe es die "Kooperation" mit dem Wasserverband. Herr Lechner erläutert, dass er sich vorstelle, dass die Flächen für eine entsprechende Entschädigung für die Anlage von Blühwiesen von ansässigen Bauern zur Verfügung gestellt werden. Herr Völkel schlägt vor, städtische Flächen auf eine mögliche Nutzung als Blühfläche zu überprüfen.	<b>67 (Stadtgrün)</b>	In Arbeit. Zurzeit Suche/Prüfung geeigneter städtischer Flächen.
38.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Biodiversitätskonzeptes</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt die Erarbeitung eines Biodiversitätskonzeptes für die Stadt Neustadt. Neustadt gehört dem Bündnis „Kommune für biologische Vielfalt“ an, deren Vision grüne Kommunen als hochwertiger Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen sind. Die naturnahe Gestaltung öffentlicher Grünflächen oder die Renaturierung verbauter Gewässer können dazu gehören.	In den letzten Jahren ist der Bestand an Insekten erheblich zurückgegangen. Die Ergebnisse verschiedener Studien und Forschungen kommen auf einen Rückgang von Fluginsekten um 75%. Pflanzen sind auf die Bestäubungshilfe der Insekten angewiesen. Die Blühflächen vergrößern die Zahl der Arten und der Population von Insekten in hohem Maße. Neustadt fördert die Biodiversität und Artenvielfalt für ein lebens- und liebenswertes Neustadt.	einstimmig beschlossen	<b>67 (Stadtgrün)</b>	In Arbeit. Erste Ideen vorhanden. Vorabstimmung mit Politik (Bündnis 90/Die Grünen) zur inhaltlichen Ausarbeitung folgt im Juni 2020.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
39.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Fahrradständer/-bügel</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt die Aufstellung von Fahrradständern in der Marktstraße. Dabei ist das Angebot der Region Fahrradständer kostenfrei zur Verfügung zu stellen einzubeziehen.	Die Stadt unterstützt durch Ausbau der Radwege und Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern die Abnahme des Autoverkehrs im Kernstadtbereich.	mehrheitlich beschlossen (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung): Einstellung von 5.000 EUR für die Anschaffung von Fahrradständern/-bügeln (Edelstahl) für die Kernstadt. Für die Stadtteile werden weiterhin Fahrradbügel zur Verfügung gestellt (Abholung durch die Ortsräte beim Bauhof).  (s. lfd. Nr. 45 Veränderungsliste Investitionshaushalt)	<b>66 (Tiefbau)</b>	Mit Freigabe des HH 2020 werden die Fahrradbügel (Edelstahl) beschafft. Für die Stadtteile sind die Fahrradständer auf dem Bauhof gelagert und können von den Ortsratsmitgliedern dort abgeholt werden.
40.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Grünwegeverbindungen</b> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke beantragt für die Sanierung von Rad- und Fußwegeverbindungen Aufstockung der im Haushalt bisher eingestellten Summe von 7.500 € auf 20.000 €.	Mit der Aufstockung wäre es dann möglich 2020 im Auenland vor allem die Wegeverbindungen, die von den jetzt ertüchtigten Hauptwegen Ahnsförfth und Kleiner Tösel abgehen, instand zu setzen und somit eine bessere Begeh-/Befahrbarkeit zu erreichen. Bei diesen Querverbindungen ist es aus unserer Sicht sinnvoll, die wassergebundene Wegedecke zu erhalten. Dazu soll die Tragschicht der Wege durch Fräsen und zusätzlichen Mineralschottereinbau saniert sowie im Geländeniveau erhöht werden und mit einer abschließenden neuen Deckschicht (aus Splitt/ Brechsand bzw. Steinmehl) versehen werden. Zusätzlich ist der Seitenraum abzutragen. Eine Wegeverbindung im Erichsbergspark könnte auf gleiche Weise erneuert werden.	Innerhalb der Mitglieder der Gruppe herrscht Einigkeit, dass die Anträge der lfd. Nr. 40 und 41 unter der lfd. Nr. 41 zusammenzufasst werden.	<b>67 (Stadtgrün)</b>	s. lfd. Nr. 41
41.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Grünwegverbindungen</b> Die bestehenden Grünwegverbindungen, die auch von den Radfahrern genutzt werden, sind aus Mineralgemisch angelegt. Um die Grünverbindungen auch für Radfahrer nutzbarer und attraktiver zu machen sollen sie in einem geeigneten Verfahren mit einer festen Decke versehen werden. Die Fachverwaltung priorisiert Grünwegverbindungen sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen. Die UWG Stadtratsfraktion beantragt 35.000,- € in den Haushalt 2020 einzustellen.	Um Neustadt für Radfahrer attraktiver zu machen, muss in die Infrastruktur investiert werden. Gerade im innerstädtischen Verkehr sollte das Fahrrad Vorrang haben um so einen Verkehrskollaps vorzubeugen. Weitere Maßnahmen sind im Integrierten Städtebaulichen Innenstadtentwicklungskonzept (InSEK 2030) durchzuführen.	einstimmig beschlossen: Einstellung von 35.000 EUR in den Haushalt 2020  (s. lfd. Nr. 49 Veränderungsliste Ergebnishaushalt)	<b>67 (Stadtgrün)</b>	In Arbeit. Leistungen für die Ertüchtigung von Wegeverbindungen im Auenland wurden ausgeschrieben und vergeben. Ausführung im Sommer 2020.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrags-/Eingangsdatum	Antrag	Begründung	Beschluss FA 04.02.2020 Wortbeiträge und Begründungen	zuständig	Stellungnahme Berichtswesen Juni 2020
42.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>"Fairtrade-Stadt"</b> Die Verwaltung wird beauftragt die Voraussetzungen zu schaffen, dass Neustadt a. Rbge „Fairtrade-Stadt“ werden kann. Hierzu könnte auch eine Steuerungsgruppe unter Federführung der Verwaltung gebildet werden, der verschiedene Zielgruppen aus Neustadt a. Rbge angehören sollen, z.B. Einzelhandel, Schulen, Vereine, Kirchengemeinden, Medien, Verein Asseitun – der Ölzweig e.V. In den Haushalt 2020 sind auskömmliche Mittel einzustellen.	Der faire Handel unterstützt Produzenten in den Entwicklungsländern, um Ihnen eine menschenwürdige Existenz aus eigener Kraft zu ermöglichen. Festgelegte Mindestpreise decken z.B. die Produktionskosten und sichern so das absolute Existenzminimum. Die Standards des fairen Handels entsprechen den internationalen Standards der Fairtrade Organisation International. Seit 2009 können sich auch deutsche Kommunen an der Kampagne beteiligen und 600 Kommunen haben bereits den Titel Fairtrade-Town erhalten. Kommunales Engagement ist der Schlüssel, um die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen und fairen Handel in der Gesellschaft zu verankern. Die Kampagne Fairtrade-Towns vernetzt Akteure aus Politik, Wirtschaft sowie Zivilgesellschaft und setzt den fairen Welthandel dauerhaft auf die lokale Agenda.	mehrheitlich beschlossen (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)	<b>01 (BGM - Referat)</b>	Das Projekt wurde vorbereitet und wurde infolge der Corona-Pandemie noch nicht gestartet. Es soll jedoch noch im laufenden Jahr 2020 begonnen werden.
43.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	<b>Einsatz von Abbiegeassistenten bei Feuerwehrfahrzeugen und anderen städtischen Fahrzeugen.</b> Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob die Feuerwehrfahrzeuge und ggf. weitere städtische Fahrzeuge mit dem sogenannten „Abbiegeassistenten“ nachgerüstet werden können. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt vorab einen Förderantrag zur Nachrüstung des Abbiegeassistenten beim Bundesamt für Güterverkehr zu stellen.	Die Neustädter Straßen sollen für Radfahrer und Fußgänger sicherer werden. Besonders bei großen Fahrzeugen, wie z.B. den Feuerwehrfahrzeugen kann es beim Abbiegevorgang aufgrund des „toten Winkels“ zu gefährlichen Situationen kommen. Deshalb sollten wir alles dafür tun eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Da der Bund Fördergelder für diese Maßnahme zur Verfügung stellt, sollten wir prüfen ob sich dies auch bei den Neustädter Feuerwehrfahrzeugen nachrüsten lässt und dafür ggfs. Fördermittel beantragen.	Prüfauftrag mehrheitlich beschlossen (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)	<b>30 (Feuerwehr)</b>	Fördermöglichkeiten sind sehr eingeschränkt. Nachrüstungen sieht die Verwaltung mit Blick auf die spezielle Technik in den Fahrzeugen kritisch.  Da Feuerwehrfahrzeuge auch nur einen minimalen Bruchteil am Straßenverkehr in Neustadt ausmachen, wären finanzielle Mittel zum Schutz von Fahrradfahrern viel besser im Bereich des Straßenbaus angelegt.
44.	Gruppe (CDU/ UWG/ Bündnis 90/Die Grünen/ Die Linke)	21.01.2020	Mies-Van-der-Rohe-Weg / Lampen	Die Beleuchtung in der Straße Mies-Van-der-Rohe Weg muss verbessert werden.	einstimmig beschlossen	<b>66 (Tiefbau)</b>	Sachstand wird geprüft und in der Planung mitbetrachtet.
<b>Legende:</b>		<b>UuSA</b>	<b>Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss</b>				
		<b>FuO</b>	<b>Ausschuss für Feuerwehr und allgemeine Ordnungsangelegenheiten</b>				
		<b>JuSA</b>	<b>Jugend- und Sozialausschuss</b>				
		<b>SCHULA</b>	<b>Schulausschuss</b>				
		<b>KuSA</b>	<b>Kultur- und Sportausschuss</b>				
		<b>BA</b>	<b>Betriebsausschuss</b>				
		<b>FA</b>	<b>Finanzausschuss</b>				
		<b>VA</b>	<b>Verwaltungsausschuss</b>				